

Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität: Brauchen wir einen neuen Wohlstandsindikator?

Im Allgemeinen ist das BIP-Wachstum der Maßstab für die Wirtschaftskraft und den Wohlstand eines Landes. Seit einiger Zeit ist aber nicht nur in Deutschland eine Diskussion über die Messung von Niveau und Entwicklung der Wohlfahrt eines Landes in Gang gekommen, die nach anderen Wohlstandsindikatoren sucht. Sollte das BIP-Wachstum als Wohlstandsmaß ersetzt oder wenigstens ergänzt werden?

Das Bruttoinlandsprodukt hat als Wohlstandsmaß nicht ausgedient!

Der SSFC-Bericht (Stiglitz, Sen und Fitoussi 2009) zum »Measurement of Economic Performance and Social Progress« vom September 2009 hat nicht nur in Deutschland eine breite Diskussion über die Messung von Niveau und Entwicklung der Wohlfahrt eines Landes respektive im Vergleich zu anderen Länder ausgelöst. Im Dezember 2010 haben der deutsche und französische Sachverständigenrat für Wirtschaft gemeinsam im Auftrag des Deutsch-Französischen Ministerrats ebenfalls ein Gutachten zu dieser Thematik vorgelegt (SVR und CAE 2010). Es geht nicht zuletzt auch um die Frage, wie aussagefähig oder überholungsbedürftig die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Allgemeinen und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Besonderen sind. Diese Diskussion ist allerdings keineswegs neu. Erinnerung sei nur an die in den 1970er Jahren geführte intensive Debatte um den Sinn und die Aussagefähigkeit von Sozialindikatoren. Auch damals herrschte Unzufriedenheit über die Dominanz des Bruttoinlandsprodukts als zentrales Maß gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen. Diese Erfahrungen geben Anlass zu einer gewissen Gelassenheit, denn bisher hat das BIP alle Attacken auf seine Existenzberechtigung überlebt und sich behaupten können. So wird es hoffentlich auch diesmal sein. Das Bruttoinlandsprodukt ist und bleibt der wichtigste Indikator zur Analyse der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Wohlfahrtsentwicklung einer Volkswirtschaft. Natürlich ist seine Aussagefähigkeit nicht allumfassend, sondern notwendigerweise begrenzt, was im Übrigen nie bestritten wurde. Deshalb macht es durchaus Sinn, bei Bedarf und in Abhängigkeit spezifi-

scher Fragestellungen weitere Indikatoren mit ins Blickfeld zu nehmen. Aber falsch wäre es, das Bruttoinlandsprodukt durch einen neuen Wohlfahrtsindikator oder Indikator der Lebensqualität ersetzen zu wollen. Insofern lautet die Antwort auf die hier diskutierte Fragestellung klar »nein«. Dies soll im Folgenden begründet werden.

Bruttoinlandsprodukt und Wohlfahrt: Richtige und falsche Kritikpunkte

Die Kritik am Messkonzept des Bruttoinlandsprodukts ist vielfältig. Einige Kritikpunkte sind richtig, andere nicht. Einige zentrale Punkte sollen kurz angesprochen werden.

1. Vorwurf: Das Bruttoinlandsprodukt erfasst kaum nicht-marktmäßige Aktivitäten und unterschätzt deshalb die Wohlfahrt eines Landes.

Gängige Beispiele hierfür sind Hausfrauenarbeit, Nachbarschaftshilfe, ehrenamtliche Tätigkeiten und Schattenwirtschaft bis hin zur Prostitution und illegalem Drogenhandel. Im Grundsatz ist diese Kritik richtig. Das Paradebeispiel der Ehelichung einer Haushaltshilfe aus dem dritten Semester VWL zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist Legion. Durch Heirat wird aus einer vormals marktmäßigen Aktivität eine unentgeltliche Leistung innerhalb des privaten Haushalts selbst. Folge ist eine Reduktion des Bruttoinlandsprodukts, obwohl doch vermutlich durch die freiwillige Entscheidung zur Heirat die Wohlfahrt die-



Rolf Kroker*

* Dr. Rolf Kroker ist Leiter des Wissenschaftsbereichs »Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik« im Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

ses Haushalts und damit ceteris paribus auch die der Volkswirtschaft gestiegen sein dürfte. Auch nicht über Märkte laufende Aktivitäten genießen Wertschätzung und erhöhen die Wohlfahrt eines Landes und seiner Bürger. Deshalb sind Überlegungen und Anstrengungen, die Statistik in diesem Sinne weiter zu entwickeln, sehr zu begrüßen. Allerdings muss dies mit Augenmaß betrieben werden, denn es schlummern hier gerade wegen des fehlenden Rückgriffs auf Marktpreise erhebliche Bewertungs- und damit Manipulationsspielräume.

2. Vorwurf: Das Bruttoinlandsprodukt als Wohlfahrtsmaß vernachlässigt die Bedeutung der Einkommensverteilung.

In der Tat kann der Wohlfahrtsgehalt einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Abhängigkeit von der Verteilung der zusätzlichen Wertschöpfung auf Produktionsfaktoren und Haushaltstypen unterschiedlich beurteilt werden. Die Bürger eines Landes A, die ein höheres Maß an Einkommensgleichheit für gerecht halten, werden ein Wachstum des BIP, das mit zunehmender Ungleichheit einhergeht, kritischer sehen, als Bürger eines Landes B, die eine zunehmende Einkommensungleichheit als notwendige Bedingung für eine höhere Wachstumsdynamik betrachten. So gesehen können die Höhe des Bruttoinlandsprodukts und seine Entwicklung gerade im internationalen Vergleich auch zu Fehlinterpretationen führen, weil die Präferenzen der Bevölkerung natürlich unterschiedlich sein können. Zudem hängt die Beurteilung einer Ausdifferenzierung der Einkommensverteilung auch davon ab, von welchem Ungleichheitsniveau aus man startet und wie sie zustande kommt. Van Suntum konnte zum Beispiel für Deutschland zeigen, dass überproportionale Einkommenszuwächse der Besserverdienenden dann kein Unglückfaktor sind und die Lebenszufriedenheit schmälern, wenn und solange auch die Einkommen der unteren Einkommensschichten steigen (vgl. van Suntum 2009, 9). Die Glücksforschung hat weiterhin gezeigt, dass weniger die absolute Höhe des Einkommens als vielmehr die relative Position im Einkommensgefüge die Zufriedenheit mit der eigenen Situation beeinflusst. Dies macht es natürlich noch schwieriger bis unmöglich, Fragen der Einkommensverteilung bei der Ermittlung der Wohlfahrt eines Landes zu berücksichtigen. Es ist unmittelbar einsichtig, dass nicht alle in der Einkommenshierarchie aufsteigen können, sondern es immer auch Absteiger geben muss. Wie soll eine Statistik dies konsistent erfassen? Welche Schlüsse soll die Wirtschaftspolitik daraus ziehen? (vgl. hierzu auch Wagner 2009, 797 sowie Haß 2010, 5).

3. Vorwurf: Umweltschäden, Autounfälle und andere Negativeignisse erhöhen das Bruttoinlandsprodukt.

Dieser Einwand ist falsch. Hier wird seitens der BIP-Kritiker nicht sauber zwischen Strom- und Bestandsgrößen unter-

schieden. Das Bruttoinlandsprodukt ist eine Stromgröße und misst die in einer Periode – i.d.R. ein Jahr – erstellten Güter und Dienstleistungen. Unzweifelhaft stellen die Beseitigung eines Umweltschadens (z.B. die Dekontamination eines verseuchten Geländes), die ärztliche Versorgung eines Unfallopfers oder die Reparatur eines beschädigten Autos Leistungen dar, die ins Bruttoinlandsprodukt dieses Jahres gehören. Denn die Wohlfahrt steigt, wenn ein vormalig verseuchtes Gelände jetzt sauber, das Unfallopfer wieder gesund und das defekte Fahrzeug wieder verkehrstauglich ist. Bei der Erstellung dieser Leistungen entstehen Einkommen und damit Wertschöpfung. Die Gegenbuchung muss auf dem Vermögenskonto (Bestandsgröße) der Volkswirtschaft erfolgen. Die Verschmutzung der Umwelt hat den Umweltkapitalstock gemindert, die Arbeitsunfähigkeit des Unfallopfers den Humankapitalbestand und das defekte Auto das Sachkapital der Volkswirtschaft. Nach Beseitigung der Schäden ist der Kapitalbestand nicht höher als zuvor, insofern ist die Volkswirtschaft gegenüber dem Status quo ante nicht reicher geworden. Aber unzweifelhaft ist durch die Beseitigung der Schäden zusätzliche Wertschöpfung entstanden, die im BIP richtigerweise erfasst wird. Ob das BIP tatsächlich größer ist als im Vergleichsfall, wenn die Schäden nicht eingetreten wären, ist zudem keinesfalls sicher, denn die Ressourcen, die für die Schadensbeseitigung eingesetzt wurden, standen für die Produktion anderer Güter und Dienstleistungen nicht mehr zur Verfügung.

4. Vorwurf: Marktpreise können verzerrt sein, mit der Folge, dass das Bruttoinlandsprodukt die Wertschöpfung nicht korrekt misst.

Die Messung der in einer Periode in einer Volkswirtschaft erwirtschafteten Wertschöpfung durch das BIP hat den Vorteil, dass mit den Marktpreisen wertvolle Informationen über die echten Werte der Güter- und Dienstleistungen vorliegen. In den Preisen, zu denen die Güter und Dienste am Markt gehandelt werden, spiegeln sich die Präferenzen der Konsumenten wider. Dies ist ein unschätzbare Vorteil gegenüber allen anderen Verfahren der Wohlfahrtsmessung. Durch den tatsächlichen Kauf bekundete Präferenzen sind zuverlässiger als Schätzungen von Zahlungsbereitschaften. Die Marktbewertung über Preise ist allerdings nur dann perfekt, wenn die Märkte funktionieren und die Preisbildung im Wettbewerb erfolgt. Das ist natürlich nicht immer der Fall. Gibt es Monopolisierungstendenzen oder externe Effekte in nennenswertem Umfang, dann sind natürlich Zweifel an einer korrekten Preisbildung angebracht und das Bruttoinlandsprodukt liefert zwangsläufig ein nur verzerrtes Bild der Wertschöpfung und Wohlfahrt eines Landes. Dies reicht aber sicherlich als Begründung für ein völliges Verwerfen dieses Messkonzepts nicht aus. Ziel sollte vielmehr sein, diese Schwachstellen abzustellen. Das ist nicht zuletzt auch eine wirtschaftspolitische Aufgabe, nämlich zum Beispiel für of-

fene und wettbewerblich organisierte Märkte zu sorgen sowie Subventionen abzubauen, um so zu einer unverzerrten Preisbildung beizutragen.

Unverzichtbare Vorteile des Bruttoinlandsprodukts als Leistungs- und Wohlfahrtsindikator

Trotz berechtigter Kritik an der Aussagekraft des Bruttoinlandsprodukts als Indikator der Wirtschaftsleistung und der Wohlfahrt eines Landes überwiegen ganz klar die Vorteile gegenüber alternativen Konzepten. Zum Bruttoinlandsprodukt gibt es eine Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsrechnung. Der Vorteil ist zum einen, dass sich diese drei Rechnungen gegenseitig kontrollieren, weil sie am Ende zum selben Ergebnis führen müssen. Zum anderen vermittelt dieser Dreischritt wichtige volkswirtschaftliche Einsichten in den Wirtschaftskreislauf und das Zusammenwirken der verschiedenen Marktakteure. Vor allem aber sorgt diese Vorgehensweise dafür, dass die Produktionssphäre nicht aus dem Blickfeld gerät. Erst durch den Einsatz von Produktionsfaktoren in den Unternehmen der verschiedenen Wirtschaftszweige entstehen Produkte, Einkommen und damit Kaufkraft. Eine effizientere Kombination dieser Produktionsfaktoren und kluge Ideen für neue Produkte, die auf den Weltmärkten ihre Wertschätzung finden und Zahlungsbereitschaft generieren, schaffen zusätzliche Spielräume für wachsenden Wohlstand.

Die großen Vorteile der Ermittlung eines Bruttoinlandsprodukts sind also eine klar definierte Messmethodik und somit weitgehend konsistente Ergebnisse über das Niveau und die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Leistung im Zeitablauf. Wegen der einheitlichen Methodik und eines einheitlichen Wertmaßstabs – Wertschöpfung – ermöglicht das BIP seriöse regionale und internationale Vergleiche und liefert unverzichtbare Informationen über die Grundlagen der Wohlstandsentwicklung. Es wäre deshalb mehr als fahrlässig, auf das BIP zur Messung von Leistung und Wohlstand zu verzichten und durch einen völlig neuen Indikator zu ersetzen. Auf diese klaren Vorzüge des BIP bzw. den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen insgesamt kann nicht verzichtet werden. Zumal eigentlich kein Indikator in Sicht ist, der wirklich mit überzeugenden Argumenten an seine Stelle treten könnte. Denn andere Indikatoren zur Messung von Wohlfahrt und Lebensqualität sind ebenfalls alles andere als über jeden Zweifel erhaben.

Mehrdimensionale Messung der Lebensqualität ist problematisch

Der Versuch der direkten Messung der Wohlfahrt und Lebensqualität über verschiedene Indikatoren hat eine Reihe gravierender Mängel:

1. Ein ganz zentraler Kritikpunkt ist die Fokussierung auf Ergebnisse.

Wie viel Krankenhausbetten und Ärzte stehen je Einwohner zur Verfügung, wie hoch ist die Aufklärungsquote bei Verbrechen, wie hoch ist die Lebenserwartung, wie hoch ist der Gini-Koeffizient, wie zufrieden sind die Menschen mit ihrem Leben, wie sauber ist die Umwelt und wie viel CO₂ wird emittiert? Diese und letztlich unbegrenzt viele andere Fakten bieten fraglos alle sehr wertvolle und wichtige Informationen. Aber Wohlstand fällt nicht wie Manna vom Himmel, sondern muss jedes Jahr aufs Neue erarbeitet und im Wettbewerb erfolgreich verteidigt werden. Dazu bedarf es immer wieder der Pflege der Grundlagen und der Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen. Wer nur auf Ergebnisse schaut, kann leicht aus dem Auge verlieren, welcher Anstrengungen es bedarf, sie zu erwirtschaften.

2. Indikatorensysteme der Lebensqualität haben ein Aggregationsproblem, was schnell zu kaum noch sinnvoll interpretierbaren Ergebnissen führen kann.

Ist wirklich hinreichend klar, welche Substitutionsbeziehungen unterstellt werden, wenn eine Vielzahl von Einzelindikatoren mit ganz unterschiedlichen Dimensionen zu einem Gesamtindikator der Lebensqualität verdichtet wird? Und ist es zum Beispiel wirklich sinnvoll, eine zunehmende Ungleichheit der Einkommensverteilung mit einer Verringerung von CO₂-Emissionen oder einer höheren Aufklärungsquote bei Straftaten zu verrechnen? Hinzu kommt, dass das Gewichtungproblem methodisch kaum zufriedenstellend gelöst werden kann. Letztlich lässt sich eine subjektive Beeinflussung des Ergebnisses kaum vermeiden.¹ Das ist solange unproblematisch, wie diese impliziten Werturteile offen gelegt werden und somit klar ersichtlich ist, dass bei anderer Gewichtung der einzelnen Sachverhalte das Gesamtergebnis ganz anders ausschauen kann. Dies zeigt aber zugleich, dass ein hochaggrierter Indikator zur Lebensqualität nie die Objektivität eines Bruttoinlandsprodukts erreichen kann, das zwar nicht auf alle Fragen eine Antwort geben kann, aber doch wegen seiner Marktbezogenheit und Wertschöpfungsorientierung auf weniger schlüpfrigem Grund steht. SVR und CAE sprechen sich deshalb zu Recht gegen die Bildung eines Gesamtindikators aus (vgl. SVR und CAE 2010, 28).

3. Anfälligkeit für politische Fehlsteuerung.

Wie reagieren Politiker, deren Erfolgsbeurteilung maßgeblich an einem Universalindikator zur Lebensqualität hängt?

¹ Von der Lippe und Breuer weisen zu Recht darauf hin: »Wer bestimmte Ausgaben mit plus und andere mit minus versieht oder gar mit null, macht natürlich das, was ihm vielleicht gar nicht bewusst ist: er diktiert Wertvorstellungen, und zwar seine eigenen.« (vgl. von der Lippe und Breuer 2010, 447).

Sie werden jene Teilindikatoren ins Visier nehmen, die einen hohen Einfluss auf den Gesamtindikator haben und bei denen Resultatsverbesserungen relativ leicht zu erzielen sind. Das ist aus ihrer Sicht rational, denn so maximieren sie ihre Wiederwahlwahrscheinlichkeit. Volkswirtschaftlich ist dies natürlich nicht unproblematisch. Der ohnehin bei vielen Politikern ausgeprägte Hang zu einer selektiven Wirtschafts- und Industriepolitik wird verstärkt, und die Gefahr von allokativen Fehlsteuerungen nimmt zu. Um einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts zu erreichen, muss Wachstumspolitik betrieben werden. Die Gefahr allokativer Fehlsteuerungen ist auch hier nicht null, aber sicherlich sehr viel geringer.

Fazit

Es gibt keinen überzeugenden Grund, das Bruttoinlandsprodukt als den zentralen Indikator zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit und der Wohlfahrt eines Landes grundsätzlich in Frage zu stellen. Ziel sollte es allerdings wohl sein, die Aussagefähigkeit weiter zu erhöhen und erkannte Lücken zu schließen, aber sinnvollerweise nach international einheitlichen Maßstäben, um die Vergleichbarkeit zu wahren (vgl. hierzu auch Brümmerhoff und Grömling 2010, 18 f.). Nichts spricht jedoch gegen die ergänzende Erhebung und Betrachtung weiterer Indikatoren, denn das Bruttoinlandsprodukt oder allgemein die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können nicht auf alle relevanten Fragen befriedigende oder gar abschließende Antworten geben. Die amtliche Statistik kann hierzu sicherlich einen ganz wesentlichen Beitrag leisten (vgl. Braakmann 2009, 785). Ein gangbarer und vielversprechender Weg wäre es, mögliche sinnvolle Ergänzungen zunächst als Satellitensysteme anzulegen, um klar zu dokumentieren, wo die Marktorientierung aufhört und der weniger feste Boden nicht-marktmäßiger Aktivitäten mit all seinen gravierenden Schätzproblemen beginnt. Sollte dann der Boden im Laufe der Zeit fester werden und sollten sich im wissenschaftlichen Diskurs einheitliche Konventionen international durchsetzen und Akzeptanz finden, dann kann eine Integration ins traditionelle BIP-Gerüst erfolgen.

Wünschenswert und vordringlich im Vergleich zur Entwicklung eines neuen Wohlfahrtsindikators wäre eine stärkere Ausdifferenzierung der Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts, insbesondere eine verbesserte Dokumentation der Aktivitäten des Dienstleistungssektors und seiner vielfältigen Verflechtungen mit der Industrie, um eine aussagefähigere Datenbasis zur Analyse des Strukturwandels zu erhalten. Der Vorteil wäre, dass sich die Aufgabe im Wesentlichen auf eine Verbreiterung der Datenerhebung beschränkte, ansonsten aber auf bewährte Messkonzepte und Methodiken in vollem Umfang zurückgegriffen werden kann. Weitergehende Analysen zur Entwicklung der Lebensqua-

lität in einem Land und im Vergleich zu anderen Ländern sollten – wie heute schon gängige Praxis – wissenschaftlichen Analysen überlassen werden. Die vielfältigen Studien zum Beispiel zur Einkommensverteilung vor und nach Steuern und zur Einkommensentwicklung in unterschiedlichen Einkommenssegmenten mit Hilfe von Mikrodatensätzen, wie dem SOEP oder der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, belegen eine sinnvolle und fruchtbare Arbeitsteilung zwischen amtlicher Statistik und wissenschaftlicher Forschung.

Literatur

- Braakmann, A. (2009), »Wie lässt sich Wohlstand messen? Indikatoren für Wirtschaft, Lebensqualität und Nachhaltigkeit – der Stieglitz-Bericht als Herausforderung für die Statistik«, *Wirtschaftsdienst* 89(12), 783–787.
- Brümmerhoff, D. und M. Grömling (2010), »VGR-Revisionen – Eine Fallgrube für Ökonomen?«, Working Paper No. 116, Universität Rostock, Thünen-Reihe Angewandter Volkswirtschaftstheorie, 1–22.
- Haß, H.-J. (2010), »Stieglitz, Sen und »GDP and Beyond«, Herausforderungen für die amtliche Statistik aus einer industriellen Perspektive«, *Wirtschaft und Statistik* (7), 1–5.
- Stieglitz, J.E., A. Sen und J. Fitoussi (2009), *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress (SSFC)*, Paris
- SVR und CAE – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Conseil d'Analyse Économique (2010), *Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem*, Wiesbaden, http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Expertisen/2010/ex10_de.pdf.
- Van Suntum, U. (2009), *Lebenszufriedenheit und Wohlbefinden in Deutschland: Studie zur Konstruktion eines Lebenszufriedenheitsindikators («Glücks-BIP»)*, Zusammenfassung der Studie, Köln.
- Von der Lippe, P.M. und C.Chr. Breuer (2010), »Wohlstand – keine Alternative zum BIP«, *Wirtschaftsdienst* 90(7), 444–451.
- Wagner, G.G. (2009), »Zufriedenheitsindikatoren – Keine einfachen Zielwerte für die Politik«, *Wirtschaftsdienst* 89(12), 769–800.



Karl-Heinz Paqué*

Präzise falsch oder vage richtig? Ein pragmatisches Plädoyer für das BIP als Wohlstandsmaß

Es gibt in Deutschland eine neue Grundsatzdiskussion über Wachstum und Wohlstand. Das ist gut so, denn es geht dabei um einige der wichtigsten wirtschaftlichen Fragen, die sich eine Gesellschaft überhaupt stellen kann: Brauchen wir Wachstum? Wenn ja, wie viel davon? Bringt Wachstum auch mehr Wohlstand und Lebensqualität? Dies sind die Fragen, die auch die neu eingesetzte Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags beschäftigen werden, wie schon vorher in Frankreich eine Kommission unter der Leitung von Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi, die im Jahr 2009 der französischen Regierung einen Bericht vorlegte. Dieser Stiglitz-Bericht – so nenne ich ihn im Folgenden – enthielt eine Reihe viel beachteter neuer Vorschläge zur Modernisierung der Wohlstandsmessung.

Klar ist allerdings auch: Die Diskussion ist nicht neu. Vor allem in den 1970er Jahren gab es eine intensive wissenschaftliche, politische und gesellschaftliche Debatte über Sinn und Unsinn der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Damals gab es konkrete Anlässe zur Beschäftigung mit dem Thema: Der Club of Rome hatte 1972 seinen Bericht über die Grenzen des Wachstums vorgelegt, und der 1973 folgende scharfe Anstieg der Weltmarktpreise für Öl und andere Rohstoffe führte der Öffentlichkeit die Bedeutung der Fragestellung drastisch vor Augen. Heute ist es ähnlich: Ökologie und Klimawandel sind längst zu zentralen Themen der politischen Diskussion geworden, und die Weltfinanzkrise

hat die Frage nach der Nachhaltigkeit des Wachstums völlig neu aufgeworfen.

Bevor die neue Diskussion wissenschaftlich und politisch voll auflebt, lohnt es sich, den Blick zurückzuwerfen auf die Ergebnisse der damaligen Diskussion. Wissenschaftlich waren diese außerordentlich wertvoll: Die Schwächen des Bruttoinlandsprodukts (BIP)¹ und des Pro-Kopf-Einkommens als Wohlstandsmaß wurden klar identifiziert und erstmalig im angemessenen Detail analysiert. Sie lassen sich im Kern in fünf Punkten zusammenfassen:

1. Das BIP berücksichtigt weitgehend nur jene Produktion, die im Markt mit Preisen bewertet wird. Der Wert der Freizeit und der ehrenamtlichen Tätigkeit in privaten Haushalten sowie gemeinnützigen Vereinen und anderen Organisationen bleibt außen vor.
2. Das BIP beschränkt sich auf das Niveau der Produktion und des Einkommens. Es lässt deren Verteilung innerhalb der Gesellschaft außer Acht. Eine Zunahme des BIP, die mit einer ungleicheren Verteilung einhergeht, mag deshalb für viele keine Verbesserung sein.
3. Das BIP hat nur beschränkte Aussagekraft, was das Niveau der Lebensqualität angeht. Insbesondere schlagen sich öffentliche Leistungen im Bereich der Krankenversicherung, des Sozialstaats und der Altersvorsorge nicht adäquat im BIP nieder.
4. Das BIP sagt nichts über das subjektive Wohlbefinden der Menschen. Selbst wenn also die Zunahme des BIP zu einer Steigerung des objektiven Wohlstands führt, heißt dies noch lange nicht, dass es den Menschen psychisch und seelisch besser geht.
5. Das BIP lässt externe Effekte der Wirtschaftstätigkeit auf die Qualität der Umwelt und das soziale Leben außer Acht. Es vernachlässigt also die – ökologischen und sozialen – Abschreibungen auf einen umfassend definierten Kapitalstock.

Es gab auch Versuche, die Mängel des BIP zu beheben oder zu kompensieren. Sie waren, was die obigen fünf Punkte betrifft, in höchst unterschiedlichem Maße erfolgreich. Auf die Erfassung nicht-marktorientierter Produktion (Punkt 1) bezogen, gab es tatsächlich Berechnungen auf Basis erweiterter Produktionskonzepte, die auch die Bereitstellung von Dienstleistungen im familiären und gemeinnützigen Bereich zu erfassen suchten. Sie führten regelmäßig zu einer massiven Aufblähung des Bruttoinlandsprodukts, weil der Wert der nicht-marktlichen Leistungen erheblich ist, wenn man sie in irgendeiner ökonomisch sinnvollen Form zu Schattentpreisen und -löhnen für analoge Marktleistungen oder zu

* Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Finanzminister a. D., ist Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft und Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbes. Internationale Wirtschaft, an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Autor des Buches »Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus«, Carl Hanser Verlag, München 2010.

¹ In der damaligen Diskussion ging es in erster Linie um das Bruttozsozialprodukt (BSP), nicht das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Für die hier relevanten Fragestellungen ist der Unterschied zwischen BSP und BIP allerdings weitgehend irrelevant. Ich spreche deshalb im Folgenden ausschließlich vom BIP bzw. vom BIP pro Kopf.

Opportunitätskosten bewertet. Allerdings erwies sich der praktische Verwendungswert der Kalkulationen als durchaus begrenzt, weil die getroffenen Annahmen sehr leicht kritisch hinterfragt werden konnten. So ist zum Beispiel der Wert der Freizeit – zu Opportunitätskosten berechnet – in Deutschland pro Zeiteinheit erheblich höher als in Indien, was ökonomisch nachvollziehbar, aber in der politischen Öffentlichkeit kaum vernünftig kommunizierbar erscheint. Jede Alternative dagegen wird extrem willkürlich. Es ist deshalb kaum verwunderlich, dass sich derartig aufgeblähte BIP-Maße nie wirklich durchsetzten und schnell wieder in den Schubladen der Ideengeschichte verschwanden.

Pragmatischer – und erfolgreicher – verfuhr man bei der Berücksichtigung von Einkommensverteilung und Lebensqualität (Punkte 2 und 3). In dieser Hinsicht gibt es längst eine lange Reihe von wohl definierten Messgrößen, die neben dem BIP in international vergleichbarer Weise berechnet und veröffentlicht werden. Bei Fragen der Einkommensverteilung sind dies zum Beispiel Gini-Koeffizienten sowie Einkommensanteile der reichsten und ärmsten Bevölkerungsschichten; bei Fragen der Lebensqualität sind es Indikatoren der medizinischen, sozialen und kulturellen Leistung bzw. Versorgung bis hin zu Lebenserwartung, Ärztedichte und Kinderbetreuung. Auch ein »Human Development Index«, der verschiedene Elemente der objektiven Lebensqualität gewichtet, in einer Maßzahl zusammenfasst, existiert längst und wird auf breiter Front regelmäßig beachtet und zitiert. Allerdings ist die methodische Dichotomie zwischen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Basis des BIP und der Kalkulation eines Index der Lebensqualität geblieben. Eine Integration beider Ansätze scheidet schon an der vollkommen unterschiedlichen Philosophie der Messung: hier Marktbewertung, dort physische Outputgröße.

Bei der Messung des subjektiven Wohlbefindens (Punkt 4) hat es im Rahmen der modernen Glücksforschung enorme Fortschritte gegeben. Heraus gekommen sind bisher sehr reichhaltige, allerdings auch höchst umstrittene Ergebnisse, was den Zusammenhang zwischen objektivem Wohlstand (per BIP gemessen) und subjektivem Wohlbefinden betrifft. In jedem Fall bleibt die zentrale Frage, welche politische Bedeutung solchen Ergebnissen zukommt. Unterstellt man nämlich – um des Arguments willen –, dass sich zweifelsfrei und eindeutig kein oder gar ein negativer Zusammenhang zwischen objektivem Wohlstand und subjektivem Wohlbefinden ergibt, so stellt sich sofort die Frage, welche Konsequenzen die Politik daraus ziehen sollte. Darf die Politik wirklich dem Wunsch der Menschen nach mehr Wohlstand mit dem Argument entgegentreten, dass der höhere Lebensstandard – wenn er denn erreicht ist – zum Wohlbefinden der Menschen erfahrungsgemäß nichts beiträgt oder ihm gar schadet? Sollte die deutsche Regierung zum Beispiel den Bewohnern Sachsens nahelegen, erst gar nicht zu ver-

suchen, das Wohlstandsniveau Baden-Württembergs zu erreichen, weil dies sie doch nicht glücklicher macht? Und sollte die Regierung Spaniens nichts dafür tun, dass das Land das Pro-Kopf-Einkommen der deutlich reicheren Schweiz erreicht, weil die spanischen Landsleute – einmal auf dem Schweizer Wohlstandsniveau angelangt – genauso traurig sein werden wie die Schweizer schon heute?

Diese ketzerischen Fragen machen ein Problem deutlich, das schon in der amerikanischen Verfassung treffend formuliert ist. Dort ist ein Menschenrecht definiert auf »the pursuit of happiness« und nicht auf »the achievement of happiness«. Tatsächlich wäre es ethisch höchst problematisch, wenn die Politik dazu überginge, empirisch gemessene Glücks- oder Unglückszustände zum Maßstab ihrer Entscheidungen zu machen. Maßstab muss wohl der Wunsch der Menschen bleiben, den diese ex ante äußern, und nicht das schließliche Glücksresultat, das sich ex post einstellt, selbst wenn es empirisch noch so gut gesichert sein sollte. Allerdings können wir in dieser Hinsicht wohl mit Gelassenheit in die Zukunft blicken: Ein wissenschaftlicher Konsens über den Zusammenhang zwischen Wohlstand und Wohlbefinden zeichnet sich noch lange nicht ab.

Es bleibt schließlich der Bereich der externen Wirkungen der Wirtschaftstätigkeit auf den ökologischen und sozialen Zustand der Welt (Punkt 5). Diese Frage wird heute intensiver denn je diskutiert, vor allem mit Blick auf den Klimawandel, so weit er vom Menschen verursacht wird, sowie die Qualität der Natur mit Blick auf Biodiversität und Rohstoffvorräte. Hier besteht der dringende Wunsch von großen Teilen der Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, endlich mit einer umfassenden quantitativen Kalkulation all jenen Schäden Rechnung zu tragen, die durch die Wirtschaftstätigkeit verursacht werden. Bisher hat es in dieser Hinsicht kaum nennenswerte Ansätze und Fortschritte gegeben. Dabei ist die konzeptionelle Grundidee relativ einfach: Das BIP ist eine Stromgröße, es misst im Wesentlichen die marktwirtschaftliche Wertschöpfung im Zuge der Produktion. Was es nicht misst, ist der Wertverlust oder Wertgewinn, der im Zuge der Produktion für den weltweiten Kapitalstock »extern« zustande kommt – sei es durch Abbau von Rohstoffen und Umweltverschmutzung, sei es durch Zuwachs an Wissen, das noch nicht am Markt genutzt wird, aber in der Zukunft genutzt werden kann. Theoretisch wäre es in der Tat wünschenswert, über eine solche Bestandsrechnung zu verfügen – eine Art vollständige weltwirtschaftliche Bilanz, die alle externen Effekte in der Gegenwart und der Zukunft perfekt »internalisiert«.

Es bedarf keines langen Nachdenkens, um sich klarzumachen, dass die Erstellung einer solchen Bilanz eine höchst ambitionierte Aufgabe ist. Das zentrale Problem liegt dabei in der Bewertung: Für externe Effekte, also Wirkungen der Produktion, die nicht am Markt abgegolten werden, gibt es

keine aktuellen Marktpreise – genauso wenig wie für die Freizeit und die ehrenamtliche Aktivität. Schlimmer noch: Viele externe Effekte machen sich erst in der mittleren oder fernen Zukunft bemerkbar; ihre physischen Ausmaße sind im Vorhinein schwer erfassbar und strittig, von der ökonomischen Bewertung ganz zu schweigen. Was ist zum Beispiel der Wert der Biodiversität, was der Wert tropischer Regenwälder, was der Wert des aktuellen Status des weltweiten Klimas? Und wie stark ist im Einzelnen die Veränderung der Biodiversität, des Regenwaldbestands und des Klimas, die durch eine bestimmte wirtschaftliche Aktivität ausgelöst wird? Und wie ist diese Veränderung zu bewerten, und zwar über die gesamte Zukunft hinweg? Und schließlich: Welches Gewicht misst man den jeweiligen Zeitpunkten bei, zu denen die Schäden oder Nutzen eintreten? Oder, ökonomisch formuliert: Welche Diskontrate kommt zur Anwendung, will man Zustände in der nahen, der mittleren und der fernen Zukunft miteinander vergleichen und abwägen?

Als eine Art Fluchtpunkt der öffentlichen Diskussion über diese Fragen dient zunehmend das Konzept der Nachhaltigkeit, so auch im oben erwähnten Stiglitz-Bericht von 2009. Die Grundidee der Nachhaltigkeit ist dabei stets, dass ein Wachstumsprozess danach überprüft wird, ob er auf sehr lange sich aus sich selbst heraus tragfähig ist. Er darf also nicht seine eigenen Grundlagen zerstören, weshalb im Englischen treffend von »sustainable development« gesprochen wird. Tatsächlich gibt es inzwischen eine Fülle von Modellen der Nachhaltigkeit und viele Versuche, diese in die Praxis umzusetzen. Das Konzept lässt sich dabei im Grundsatz auf ganz unterschiedliche Fragestellungen anwenden, bei denen es um schwerwiegende intertemporale Entscheidungen der Gesellschaft geht: Nutzung von Rohstoffen, Ausstoß von Treibhausgasen, Verschuldung des Staates oder auch Wellen der aufgeblähten und geplatzten Blasen am Kapitalmarkt.

Übersehen wird dabei allerdings, wie schwierig es selbst im Nachhinein ist, eine Entwicklung als langfristig »nicht nachhaltig« und damit als gesellschaftliche Fehlentwicklung zu charakterisieren. Ein Blick in die Geschichte liefert dazu viele eindrucksvolle Beispiele. So wurden im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums des Mittelalters und der frühen Neuzeit in England die Wälder in Form von Holz und Holzkohle verfeuert – mit dem Ergebnis, dass im 17. Jahrhundert eine extreme Rohstoffknappheit entstand. Das Ergebnis: England griff schließlich auf die Kohle zurück und bahnte damit den Weg zu seiner erfolgreichen Industrialisierung. War dies nun nachhaltig oder nicht? Jedenfalls entstand als Folge der Knappheit neues Wissen, das erst einen völlig neuen Wachstumsschub ermöglichte, obwohl ein damaliger Betrachter durch die moderne Brille der Nachhaltigkeit wohl einen »Raubbau« diagnostiziert hätte. Ähnliches gilt für Industrialisierung auf Kohlebasis selbst: Sie sorgte für mehr als 100 Jahre für eine massive Umweltverschmutzung, aber sie

legte mit dem industriellen Wachstum auch den Grund für das spätere Umweltbewusstsein bis zur Rückwendung zu regenerativen Energien in unseren Tagen. War dies nachhaltig oder nicht?

Ähnliche Beispiele liefert die Geschichte der Finanzspekulation. Selbst für unzweifelhafte Fälle völlig übersteigter Blasen an den Kapitalmärkten ist die Frage nach der Nachhaltigkeit keineswegs trivial. So stürzte der deutsche Eisenbahnboom, als er 1873 im berühmten Gründerkrach endete, viele Investoren ins Unglück; aber der geschaffene Kapitalbestand – ein modernes Eisenbahnnetz – überlebte und wurde zur nachhaltigen Basis künftigen Wachstums. Ganz ähnlich bei der Dotcom-Krise vor gut einem Jahrzehnt: Auch damals platzte eine Blase und hinterließ viele gescheiterte Existenzen; aber gleichzeitig blieb das neue Wissen der Informationstechnologie nachhaltig erhalten, und niemand weiß, ob es ohne den vorangegangenen Boom überhaupt entstanden wäre.

All diese Beispiele zeigen, wie schwierig es ist, ein beobachtetes Wachstum in verschiedene Kategorien einzuordnen. In einer marktwirtschaftlichen (oder »kapitalistischen«) Welt ist eben das Wirtschaftswachstum eine hochkomplexe Mischung des Verbrauchs von Ressourcen, der Bildung von Sach- und Humankapital sowie vor allem der Entstehung neuen Wissens und des Wandels der menschlichen Vorlieben und Werte. Es wäre naiv zu glauben, ein solcher Prozess ließe sich quantitativ sauber in seiner Gesamtheit erfassen. Vieles spricht deshalb dafür, dass es ein einzelnes, umfassendes »Wohlstandsmaß« nicht geben kann. Es würde auf so vielen vagen Annahmen beruhen, dass es jederzeit angreif- und manipulierbar wäre. Das BIP zeichnet sich dagegen durch seine vergleichsweise Einfachheit aus. Wir wissen: Es bildet bestimmt nicht alles ab, aber wenigstens kennen wir seine Fehler, über deren Ausmaß sich dann trefflich streiten lässt.

Mit dem Philosophen Karl Popper mag man ganz pragmatisch formulieren: »Lieber präzise falsch als vage richtig!« Was das BIP nicht abbildet, das sollte – wiederum ganz pragmatisch – mit einer Riege von zusätzlichen Indikatoren zumindest grob erfasst werden. Diese sollten neben dem BIP Verwendung finden. Sie sollten aber kein Ersatz für das BIP sein. Und sie sollten nicht mit dem BIP vermengt werden, denn dann entsteht ein Gebilde, das in seiner Unkenntlichkeit kaum noch interpretierbar ist. Für die Politik aber brauchen wir Größen, die verstanden werden. Genau daran, aber nicht nur daran, wird die Enquete-Kommission des Bundestags arbeiten.



Stefan Empter*

Brauchen wir einen neuen Wohlstandsindikator? – Die Chance der Debatte

Lässt sich nationaler Wohlstand messen?

Diese Frage beschäftigt die Volkswirtschaftslehre seit Anbeginn. Schon 1776 wählte Adam Smith hierfür die »jährliche Fülle ... an Waren« bzw. die Menge aller notwendigen und angenehmen materiellen Dinge des Lebens, die ein Volk in einem Jahr verbraucht (Smith 2003, 3): Jede Steigerung der produzierten Gütermenge bedeutete für ihn eine Erhöhung des Wohlstands einer Nation. Auch in der modernen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird mit dem Gross Domestic Product (GDP) bzw. dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Wert der innerhalb einer Periode im Inland hergestellten Güter und Dienstleistungen, abzüglich des Wertes der Vorleistungen, gemessen. Bereits auf der Grundlage dieser Definition ist klar, dass die Interpretation der BIP-Veränderung als »Wachstum« schwierig ist – doch ermöglicht diese Maßzahl Vergleiche über die Zeit und zwischen Ländern wie auch letztlich Aussagen darüber, ob eine Gesellschaft über ihre Verhältnisse lebt. Wie zu Zeiten von Adam Smith gilt heute die Zunahme der produzierten Güter und Dienstleistungen als zentrales wirtschaftspolitisches Ziel. In Deutschland ist ein so definiertes Wirtschaftswachstum sogar gesetzlich verankert: § 1 des »Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft« fordert Bund und Länder auf, mit ihren Maßnahmen das Ziel eines stetigen und angemessenen Wirtschaftswachstums zu verfolgen.

Wirtschaftswachstum ist v.a. für Gesellschaften mit wachsender Bevölkerung notwendig, weil eine größere Bevölkerung mehr Konsumgüter zur Sicherung der Existenz der Bürger (Lebensmittel, Kleidung, Wohnraum etc.) benötigt. Nimmt die Produktion in einer Gesellschaft zu, steigt

in der Regel auch die Beschäftigung. Dies wirkt tendenziell lohn erhöhend, verbessert damit die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung und äußert sich zudem in einem Rückgang der absoluten Armut. Eine Reduzierung der Armut hat wiederum positive Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen: Sie ermöglicht z.B. einen gesünderen Lebensstil, vor allem mit Blick auf Ernährung und Wohnbedingungen, und verringert die Notwendigkeit, dass Kinder durch ihre Arbeit zum Lebensunterhalt der Familien beitragen und auf Bildung verzichten müssen, womit sich das allgemeine Bildungsniveau erhöht. Und schließlich entlastet sie die öffentlichen Haushalte von Transferleistungen zur Unterstützung von armutsgefährdeten Familien. Gleichzeitig nehmen mit den steigenden Einnahmen die Steuereinnahmen des Staates zu. Dies wiederum erweitert die staatlichen Handlungsspielräume, beispielsweise im Bereich des Gesundheits- und des Bildungswesens, wie auch die Umverteilungsspielräume, wodurch Einkommensgefälle in der Gesellschaft ausgeglichen und soziale Spannungen abgemildert werden können (vgl. Petersen 2010, 80 ff.).

Mit einer Steigerung der Güterproduktion sind allerdings auch erhebliche Umweltbelastungen und soziale Instabilitäten verbunden. Der wachsende Ressourcenverbrauch und die zunehmende Erschöpfung nicht erneuerbarer Rohstoffe führen zu einem höheren Ausstoß von CO₂ und anderen Treibhausgasen, was einen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur bewirkt und den Klimawandel beschleunigt. Diese Erkenntnis ist mittlerweile im politischen Mainstream angekommen, wird aber statistisch noch nicht ausreichend nach dem Verursacherprinzip abgebildet. Wenn bei den produzierten Gütern Preise zur Anwendung kämen, welche die realen Knappheiten berücksichtigen, wäre das BIP als Wohlstandsindikator mit Blick auf künftige Generationen bereits wesentlich realistischer und gerechter.

Zudem führt der mit dem Wirtschaftswachstum verbundene technische Fortschritt wegen erhöhter Qualifikationsanforderungen zu einem Auseinanderdriften der Einkommen: Während der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in modernen Gesellschaften zunimmt, geht der Bedarf an gering qualifizierten Personen zumindest in relativer Hinsicht zurück. Damit steigt der Lohn für Hochqualifizierte, während die Löhne für Geringqualifizierte sinken bzw. weniger ansteigen. So ist in den OECD-Ländern seit mindestens Mitte der 1980er Jahre ein Anstieg der Einkommensungleichheiten festzustellen (OECD 2008, 2). Darüber hinaus zeitigt – insbesondere in entwickelten Industrienationen – wirtschaftliches Wachstum infolge des damit verbundenen technischen Fortschritts vielfach nicht mehr die erhofften Beschäftigungseffekte (jobless growth). Alle diese Entwicklungen wirken sich auf die soziale Stabilität aus und verursachen somit gesellschaftliche Folgekosten.

* Dr. Stefan Empter ist Senior Director der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Aus der Traum von immerwährender Prosperität?

Lange Zeit haben sich die Vorteile, die mit einer Zunahme des BIP verbunden sind, nicht nur als ein theoretisches Konstrukt erwiesen, sondern sie äußerten sich spürbar im tatsächlichen Leben der Bürger. In Europa der Nachkriegszeit und gerade in der Bundesrepublik traf das politische Versprechen »Wohlstand für alle durch Wachstum« mithin auf breite Zustimmung der Bevölkerung. Jahrzehnte lang konnten sich Politiker in Deutschland deshalb darauf verlassen, dass ihre Wiederwahl zum großen Teil vom gesamtwirtschaftlichen Erfolg abhing, denn die Bürger reagierten in den letzten 30 Jahren mit ihrem Wahlverhalten positiv auf Wachstum – eine entsprechende Belohnungs- und Bestrafungslogik war unabhängig vom politischen Farbenspiel einer Bundesregierung deutlich erkennbar (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2009; Beckmann et al. 2010). Doch seit der Bundestagswahl 2009 scheint dieser lang bewährte Zusammenhang plötzlich keinen Bestand mehr zu haben (vgl. Beckmann et al. 2010, 5). Bürger und Politik suchen neue Orientierungspunkte: Nicht nur die intensive internationale Debatte um den Bericht der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission, die »Beyond GDP«-Initiative oder jüngst die gemeinsame Position des deutschen Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und des französischen Conseil d'Analyse Economique üben zusätzlich enormen Handlungsdruck auf die Politik aus. Generell scheint der Grundkonsens darüber, dass eine Zunahme des BIP »Wohlstand für alle« bedeutet und gleichzeitig zur Lösung vieler gesellschaftlicher Probleme beiträgt, sowohl in der Bevölkerung als auch in der Politik zu kippen.¹

Es ist weithin bekannt, dass das BIP keinen idealen Wohlstandsindikator darstellt. Zu seinen Unzulänglichkeiten zählen die Ausblendung außerökonomischer Dimensionen wie Gesundheit, Freizeit, Bildung und Umwelt, die fehlende Erfassung von Aktivitäten, die nicht auf Märkten stattfinden (z.B. Nachbarschaftshilfe, häusliche Betreuung von Kindern oder Ehrenamt) sowie die Berücksichtigung von Komponenten, die das BIP zwar erhöhen, aber dennoch keinen Beitrag zum Wohlergehen leisten. Auch ist klar, dass es nicht darauf ausgerichtet ist, den längerfristig wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt oder dessen Nachhaltigkeit zu messen. Die aktuelle Diskussion über das BIP als Wohlstandsindikator dreht sich daher um seine Alternativen und deren Umsetzung.

Denn bei dem erreichten Entwicklungsstand von immer mehr postindustriellen Ländern bedeutet eine weitere Zunahme des BIP keine signifikante Verbesserung der Lebensquali-

tät mehr. Das BIP misst die Menge an Gütern und Dienstleistungen, mit denen Bedürfnisse befriedigt werden, die in hierarchisch gegliederten Modellen der menschlichen Motive die niedrigsten Stufen einnehmen. Die bekannteste dieser Hierarchien von Abraham Maslow umfasst fünf Motivgruppen: (1) die Grundbedürfnisse wie Nahrung, Wärme, Kleidung etc., (2) das Sicherheitsbedürfnis, (3) die Bedürfnisse nach Kontakt und Zuwendung, (4) die Bedürfnisse nach Anerkennung und Selbstachtung und (5) das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung. Nach solchen Modellen wird ein höheres Motiv erst handlungsrelevant, wenn die darunter liegenden Motive bzw. Bedürfnisse befriedigt sind. Ist im Zuge wirtschaftlicher Entwicklung mit steigendem Einkommen die Befriedigung der Grundbedürfnisse gesichert, werden für die Menschen die höherrangigen Bedürfnisse wie schöpferische Tätigkeiten oder soziale Kontakte relevant – diese können immer weniger durch materiellen Konsum befriedigt werden. Woran eine postmaterialistische Gesellschaft ihren Fortschritt bemisst, ist allerdings noch längst nicht geklärt.

Auch ist im Zuge der Globalisierung sowohl auf internationaler als auch nationaler Ebene eine Verschiebung der Vorteile festzustellen, die sich aus einem globalen Wirtschaftswachstum ergeben. Viele Schwellenländer nutzen die Chancen der Globalisierung, um im internationalen Vergleich rasch aufzusteigen, den Lebensstandard der entwickelten Länder zu erreichen und so ihrer Bevölkerung ein besseres Leben zu ermöglichen. Die entwickelten Industrieländer hingegen haben diesen wirtschaftlichen Wachstumsprozess zum Teil schon hinter sich. Auch wenn ihr BIP noch wächst, führt es für weite Teile der Bevölkerung nicht mehr zu einem Mehr an Einkommen oder Beschäftigungschancen, sondern zu stagnierenden oder gar sinkenden Nettoeinkommen und wachsender Arbeitsplatzunsicherheit. Wohlstandskontraste auch innerhalb eines Landes verschärfen sich, was zu wachsender Unzufriedenheit bei der Bevölkerung führt.

Spätestens der globale Wirtschaftseinbruch mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 führte vor Augen, dass ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum keine naturgegebene Entwicklung ist. Die »Grenzen des Wachstums« sind zwar in der wissenschaftlichen Diskussion seit langem ein Thema (vgl. exemplarisch Meadows et al. 1973). Sie wurden jedoch ausgeblendet, solange das BIP der Welt in den letzten Dekaden permanent stieg. Zudem fehlen geeignete Messmethodiken, die in der Praxis den Grenznutzenverlauf und den Grenzkostenverlauf in Abhängigkeit des realen BIP exakt quantifizierbar machen würden. An Bedeutung gewinnt dies insbesondere vor dem Hintergrund der Komplexität und der Interdependenzen der Wachstums Herausforderungen und Konjunkturrisiken (neue Spekulationsblasen, Währungskriege, Staatsbankrotte etc.), der globalen Erwärmung, der steigenden Knappheit nicht erneuerbarer Ressourcen und der Folgekosten sozialer Desintegration.

¹ So äußerten sich 2010 61% der Deutschen darüber skeptisch, dass ein immer höheres Wirtschaftswachstum auch ihre persönliche Lebensqualität verbessert, 88% möchten den Schutz der Umwelt, den sorgsam Umgang mit Ressourcen und den sozialen Ausgleich in der Wirtschaftsordnung besser berücksichtigt sehen (vgl. TNS Emnid 2010).

Die Chancen der Debatte

Bei allen Schwächen, die das Konzept des BIP unbestritten besitzt, stellt es nach wie vor die zentrale international vergleichbare Bewertungsbasis von materiellem gesellschaftlichem Wohlstand dar. Vor allem in Volkswirtschaften mit einem geringen Entwicklungsniveau, in denen die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung noch nicht vollständig gesichert ist, wird es auch auf absehbare Zeit eine zentrale Bedeutung als Wohlstandsindikator haben.

Um jedoch den Facettenreichtum individueller und gesellschaftlicher Lebensqualität abzudecken ist es erforderlich, das BIP um zusätzliche Indikatoren zu ergänzen – Lebensqualität verstanden als die Chancen der Menschen, ihr Leben entsprechend ihren eigenen Vorstellungen so zu führen, dass ihre grundlegenden (Teilhabe-)Bedürfnisse (insbesondere in Bezug auf Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Freizeit und Beschäftigung, politische Partizipation, soziale Beziehungen und gesunde Umweltbedingungen) möglichst weitgehend erfüllt werden, ohne dabei die Lebensqualität künftiger Generationen zu gefährden. Um das breite Spektrum menschlichen Wohlbefindens und die Zielkonflikte, die bei gesellschaftlichen Problemlösungen in einzelnen Politikfeldern stets vorhanden sind, adäquat zu beschreiben und hervorzuheben, bedarf es mithin eines ganzen Sets von Indikatoren (dashboard) – nicht einer einzigen Messgröße. Nur dann können immer bestehende gesellschaftliche Zielkonflikte transparent gemacht sowie von Politik und Öffentlichkeit thematisiert und bearbeitet werden.

Damit ein solches Indikatorenset sich tatsächlich auf die Lebensbedingungen der Menschen auswirkt und nicht nur Gegenstand theoretischer Diskussionen bleibt, müssen die Wohlstandsindikatoren zum Ziel und Beurteilungsmaßstab politischen Handelns werden. Ob dies notwendigerweise eine Verankerung der Indikatoren in Gesetzen wie dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz erfordert, mag dahin gestellt bleiben. Entscheidend ist vielmehr, dass Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit ein konsensfähiges Verständnis über komplementäre Messgrößen zum BIP entwickeln und der Erfolg von Mandatsträgern daran gemessen wird. Als neuer Orientierungspunkt für die Politik ist z.B. die Einführung eines verbindlichen gesellschaftlichen »Berichtswesens« vorstellbar, welches die Lebensqualität – auch künftiger Generationen – umfassend bilanziert und bewertet.

Die Politik wird ein solches erweitertes Indikatorenset nur dann zum Maßstab ihrer Strategien und Entscheidungen machen, wenn die Nichterreichung der damit beschriebenen Ziele von den Wählern auch sanktioniert wird. Anders formuliert: Solange die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung das BIP und die Steigerung materiellen Wohlstands als die zentrale Erfolgsgröße gesellschaftlichen Handelns ansieht und deshalb nicht bereit ist, BIP-Einbußen zu akzep-

tieren, um damit z.B. eine Verbesserung der Umweltbedingungen zu erreichen, bleibt die Verfolgung außerökonomischer Ziele politisch irrational. Erst wenn die Bürger wirklich andere Quellen des individuellen Wohlergehens als das BIP verinnerlichen, werden sie den erforderlichen politischen Druck aufbauen, der zu entsprechenden politischen Entscheidungen führt.

Dies erfordert eine breit angelegte, partizipative Debatte darüber, welche Wohlstandsziele wir als Gesellschaft verfolgen, d.h. was wir überhaupt als Wohlstand, Lebensqualität und Fortschritt verstehen und messen sollen. Dazu muss die Suche nach neuen Indikatoren und deren Entwicklung ein ständiger Prozess bleiben, um dynamischen Gesellschaftsveränderungen gerecht zu werden. Angesichts des momentanen Unbehagens mit dem BIP als alleinigem Indikator für individuelles und kollektives Wohlergehen besteht jetzt ein Gelegenheitsfenster, um einen solchen gesellschaftlichen Diskurs anzustoßen und voranzutreiben. Und gerade darin liegt die Chance der aktuellen Debatte – als Katalysator für einen notwendigen Bewusstseinswandel, für Neuorientierungen und soziale Innovationen in unserer globalisierten Gesellschaft.

Literatur

- Beckmann, R., Ph. Trein und St. Walter (2011), »Die Wirtschaftslage entscheidet Wahlen, oder: »It's the economy, stupid!««, in: E. Bytzek und S. Roßteutscher (Hrsg.), *Der deutsche Wähler – Demaskierung eines Mythos*, Campus, erscheint demnächst.
- Forschungsgruppe Wahlen (2009), »Politbarometer August II 2009«, http://www.forschungsgruppewahlen.de/Umfragen_und_Publikationen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2009/, aufgerufen am 26. Januar 2011.
- Meadows, D., D. Meadows, E. Zahn und P. Milling (1973), *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Rowohlt, Hamburg.
- OECD (2008), *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum? Einkommensverteilung und Armut in OECD-Ländern*, Zusammenfassung in Deutsch, OECD, Paris.
- Petersen, Th. (2010), »Ökonomische Globalisierung und Neuverteilung des globalen Wohlstands«, *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* 59, 77–89.
- Smith, A. (2003), *Der Wohlstand der Nationen – Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*, hrsg. von H.C. Recktenwald, 10. Aufl., Beck, München.
- TNS Emnid (2010), *Einstellung zu Wachstum und Lebensqualität*, Repräsentative Bevölkerungsumfrage Deutschland und Österreich im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (Juli 2010).



Albert Braakmann*

Ein amtlicher Wohlfahrtsindikator?

BIP und mehr

Das Wirtschaftswachstum, üblicherweise wird es gemessen mit der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP), gilt seit den 1950er Jahren als wichtiger Wirtschafts- und Konjunkturindikator. Darüber hinaus wird das BIP häufig auch als genereller Indikator für die gesellschaftliche Wohlfahrt angesehen. Konzipiert wurde das BIP allerdings als Maßgröße für die wirtschaftliche Aktivität einer Volkswirtschaft in einer bestimmten Periode: Die Produktion von Waren und Dienstleistungen steht im Mittelpunkt, was gleichzeitig für eine enge Verknüpfung zum Arbeitsmarkt sorgt.

In letzter Zeit wird verstärkt die Verwendung des BIP als Universalindikator für die wirtschaftliche Entwicklung und den gesellschaftlichen Fortschritt hinterfragt. Wesentliche Kritikpunkte sind einmal, dass Tätigkeiten, die positiv zur gesellschaftlichen Wohlfahrt beitragen, wie etwa unbezahlte Hausarbeit oder ehrenamtliche Aktivitäten, bei der Berechnung des BIP nicht einbezogen werden, während die Kosten für die Beseitigung negativer Begleiterscheinungen des Wachstums für die Umwelt oder die Arbeits- und Lebensbedingungen sogar die Wertschöpfung erhöhen. Außerdem wird bemängelt, dass mit einer Fokussierung auf das BIP die nicht-materiellen Seiten der Lebensqualität sowie die Nachhaltigkeit zu wenig beleuchtet werden.

Insbesondere die Empfehlungen der internationalen Kommission zur Messung der wirtschaftlichen Entwicklung und des sozialen Fortschritts (sogen. Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission) haben den Stein ins Rollen gebracht und eine brei-

te Diskussion auf nationaler und internationaler Ebene angestoßen. Diese Kommission plädiert für eine erweiterte statistische Berichterstattung, bei der das BIP um Indikatoren zur Verteilung von Einkommen, Konsum und Vermögen sowie vor allem zur Entwicklung der Lebensqualität und zur Nachhaltigkeit und Umwelt ergänzt wird. In eine ähnliche Richtung geht die BIP-und-mehr-Initiative der Europäischen Kommission.

Divergierende Ansätze zur Wohlfahrtsmessung

Die Messung der Wohlfahrt und des gesellschaftlichen Fortschritts kann unterschiedlichen Ansätzen folgen, wobei die jeweiligen Ergebnisse sich mehr oder weniger stark unterscheiden dürften. Ein international weit verbreiteter Fortschrittsindikator ist beispielsweise der Human Development Indicator (HDI) der Vereinten Nationen, bei dem die Lebenserwartung, die Bildung und das Pro-Kopf-BIP jeweils zu einem Drittel eingehen. 2010 wurde der HDI um Verteilungsaspekte erweitert zu einem IHD (inequality-adjusted HDI). Ein hohes Maß an Einkommensungleichheit reduziert dabei die Größe Pro-Kopf-BIP. Damit soll der Kritik Rechnung getragen werden, dass reine Durchschnittsbetrachtungen häufig wenig über die tatsächliche Verteilung des Wirtschaftswachstums auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen aussagen. Auch in Deutschland gibt es mehrere Vorschläge zur Messung von Wohlfahrt und gesellschaftlichem Fortschritt. Jüngere Beispiele sind hier:

- Nationaler Wohlfahrtsindex
Der NWI von Diefenbacher und Zieschank ist ein monetärer Indikator, der den Privaten Verbrauch als Ausgangspunkt verwendet und bestimmte Posten hinzufügt sowie andere absetzt. Als wohlfahrtserhöhend werden beispielsweise der Wert der Hausarbeit und der ehrenamtlichen Tätigkeit sowie die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit und Bildung hinzugefügt. Wohlfahrtsmindernde Aspekte, die abgezogen werden, sind vor allem die Kosten von Verkehrsunfällen, von Kriminalität, von Alkohol- und Drogenmissbrauch sowie die Schäden durch Umweltverschmutzung (Wasser, Boden, Luft) durch Lärm und CO₂-Emission.
- Lebenszufriedenheitsindikator
Zur Lebenszufriedenheit, so das Centrum für angewandte Wirtschaftsforschung Münster, tragen vor allem elf Komponenten bei, die den Indikator positiv oder negativ beeinflussen. Gefördert wird die Lebenszufriedenheit, so die Autoren, beispielsweise durch das BIP-Wachstum, durch eine ungleiche Einkommensverteilung, durch Arbeiten im erlernten Beruf, durch Wohneigentum oder durch einen guten Gesundheitszustand. Dagegen wird die Zufriedenheit z.B. gemindert durch Arbeitslosigkeit oder Sorge um die finanzielle Sicherheit.

* Dipl.-Ökonom Albert Braakmann leitet die Gruppe Nationaleinkommen, Sektorkonten, Außenwirtschaft des Statistischen Bundesamtes und ist Vorstandsmitglied der International Association for Research in Income and Wealth (IARIV).

- Fortschrittsindex
In den Fortschrittsindex, der vom Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt ermittelt wird, fließen vier Komponenten ein. Dies sind das reale Nettonationaleinkommen pro Kopf, die Lebenserwartung Neugeborener, die Schüler- und Studierendenquoten (in der sekundären und tertiären Ausbildung) sowie der ökologische Fußabdruck. Die Gewichte für die Lebenserwartung und die Schülerquote werden aus quantitativen Analysen über den Zusammenhang dieser Komponenten zur Einkommensentwicklung abgeleitet.
- Wohlstandsquartett
Zur Messung des Wohlstands in Deutschland schlägt das Denkwerk Zukunft vor, vier Indikatoren zu verwenden. Dies sind das Pro-Kopf-BIP, die 80/20-Relation beim äquivalenzgewichteten Nettohaushaltseinkommen, die gesellschaftliche Ausgrenzungsquote (von Eurobarometer) sowie der ökologische Fußabdruck im Verhältnis zur Biokapazität. Die vier Indikatoren werden nicht zusammengewogen, sondern separat dargestellt.
- Indikatorensystem für Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit
Das Indikatorensystem für Wirtschaftsleistung sowie Lebensqualität und Nachhaltigkeit wurde gemeinsam vom deutschen und französischen Sachverständigenrat für Wirtschaft entwickelt. Es enthält insgesamt 25 Indikatoren, von denen sechs auf den Bereich Wirtschaft, sieben auf den Bereich Lebensqualität und zwölf auf den Bereich Nachhaltigkeit und Umwelt entfallen. Die Indikatoren sollen getrennt präsentiert werden, eine Zusammengewichtung zu einem Universalindikator wird abgelehnt.

Bereits diese Kurzbeschreibung von ausgewählten Fortschrittsindikatoren(-Sets) verdeutlicht die Unterschiede: So differieren einmal die Art der als relevant erkannten Einflussgrößen, aber auch die Zahl der einbezogenen Kennzahlen. Neben Universalindikatoren treten Leitindikatoren oder Indikatorensets. Bei den Universalindikatoren erfolgt die Zusammenfassung der Teilindikatoren zum Gesamtwert in ganz unterschiedlicher Art und Weise.

Für und Wider eines amtlichen Wohlfahrtsindicators

Ein Universalindikator zur Messung des gesellschaftlichen Fortschritts und der Lebensqualität hat vor allem den Vorteil der einfachen Kommunizierbarkeit. Am Bruttoinlandsprodukt wird das sehr anschaulich. Mit dem BIP ist es möglich, die vielen verschiedenen wirtschaftlichen Aktivitäten mit einer einzigen Zahl abzubilden und damit den Pulsschlag der Wirtschaft zu erfassen. Höchst verlockend wäre es, wenn

sich die Entwicklung der Lebensqualität ebenfalls mit einem Indikator zutreffend darstellen ließe, der dann das BIP ergänzen und damit einen umfassenderen Eindruck über den gesellschaftlichen Fortschritt ermöglichen würde. Aber es gibt eine Reihe von Hindernissen, die von der amtlichen Statistik nicht einfach beiseite geschoben werden können:

1. Auswahl der Einflussfaktoren für die Lebensqualität:
Die Einflussfaktoren, die die Lebensqualität bestimmen, könnten einerseits durch Befragung aller Bürger erfolgen. Andererseits könnten die relevanten Faktoren durch wissenschaftliche Forschung abgeleitet werden. Ebenso wäre es möglich, die Einflussfaktoren für die Lebenszufriedenheit durch politischen Konsens festzulegen – möglichst im internationalen Rahmen. Statistische Ämter können den Prozess der Auswahl unterstützen, einmal indem sie statistische Verfahren anbieten, um die wichtigsten Einflussfaktoren der Lebensqualität identifizieren zu helfen. Andererseits indem man ihre Expertise nutzt, um robuste und zuverlässige statistische Indikatoren herauszufiltern, die die Wohlfahrt in merklicher Weise beeinflusst.
2. Verdichtung der Teilindikatoren zu einem Universalindikator:
Die Verdichtung bzw. Aggregation der Teilindikatoren zu einem Universalindikator ist ein weiterer schwieriger Punkt. Beim BIP ist das relativ unproblematisch, weil mit den Marktpreisen ein einheitlicher Wertmaßstab vorliegt, der es erlaubt, die Einzelaggregate zu addieren. Gibt es einen solchen gemeinsamen Nenner auch für die Indikatoren zur Messung der Lebensqualität? Falls es dies nicht gibt, ist eine mögliche Alternative die Indikatoren über ein Gewichtungsmodell zusammenzufassen. Der kritische Punkt ist die Festlegung der Gewichte. Hierbei ist die Grenze zum Normativen schnell überschritten.
3. Nutzungsmöglichkeiten eines Universalindikators:
Ein einziger Universalindikator für die Entwicklung der Lebensqualität wird vermutlich nicht allen Bedürfnissen gerecht. So möchte die Wissenschaft die Entwicklungen analysieren und erklären sowie Thesen und Modelle verifizieren. Auch die Politik benötigt weitere Informationen, um geeignete Maßnahmen auf den Weg zu bringen und deren Wirksamkeit überprüfen zu können. Hier könnte ebenfalls ein Blick auf die BIP-Rechnung weiterhelfen, denn neben dem Gesamtindikator werden für detailliertere Analysen der Wirtschaftsentwicklung zusätzliche Indikatoren bereitgestellt. In ähnlicher Weise könnte der Universalindikator zur Wohlfahrt einen ersten groben Eindruck über die Entwicklung der Lebensqualität vermitteln, der für tiefer gehende Analysen um weitere Detailindikatoren ergänzt werden müsste. Die

amtliche Statistik mit ihrem großen Datenpool kann hier ihre Unterstützung anbieten.

4. Aufgabe der amtlichen Statistik:

Die amtliche Statistik hat die Aufgabe, in neutraler und objektiver Art und Weise möglichst belastbare Daten zu gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Zusammenhängen zu erstellen und zu publizieren (§ 1 Bundesstatistikgesetz). Dies schließt grundsätzlich auch die Erstellung eines Universalindikators zur Wohlfahrt und Lebensqualität nicht aus. Allerdings erscheint die Berechnung eines amtlichen Universalindikators derzeit nicht ratsam, zumindest nicht solange eine objektive Gewichtung der relevanten Teilindikatoren fehlt.

Fazit

Von der Erstellung eines Universalindikators zur Messung des gesellschaftlichen Fortschritts und der Lebensqualität durch die amtliche Statistik wird zurzeit abgeraten. Ganz anders stellt sich dies für die Wissenschaft dar: In der wissenschaftlichen Welt ist es möglich, verschiedenen Indikatoren zusammenzuwiegen und um den aussagekräftigsten Universalindikator zu werben. Auch das BIP wurde ja erst von der amtlichen Statistik berechnet, nachdem die Methodik in Grundzügen geklärt war. Diesen Prozess sollte die amtliche Statistik aktiv begleiten. Wertvolle Unterstützung kann die amtliche Statistik vor allem mit ihrer methodischen Expertise, mit ihrem großen Datenpool und mit ihrer starken internationalen Vernetzung einbringen.

Literatur

- Bergheim, S. (2010), *Fortschrittsindex – den Fortschritt messen und vergleichen*, Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt Frankfurt am Main.
- Denkwerk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung (2010), *Das Wohlstandsquartett – Zur Messung des Wohlstands in Deutschland und anderen früh industrialisierten Ländern*, Bonn, Dezember, <http://www.denkwerkzukunft.de/downloads/WQ-Memo-2010.pdf>.
- Diefenbacher, H. und R. Zieschank (2009), »Der nationale Wohlfahrtsindex als Beitrag zur Debatte um Wachstum und Wohlfahrtsmaße«, *Wirtschaftsdienst* 89(12), 787–792.
- Erber, G. (2010), »Wohlstandsmessung durch Indikatoren zur Lebenszufriedenheit«, *Wirtschaftsdienst* 90(12), 831–839.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Conseil d'Analyse Economique (2010), *Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem*, Dezember 2010.
- Stiglitz, J.E., A. Sen und J.-P. Fitoussi (2009), *Report of the Commission on the measurement of Economic Performance and Social Progress*, Paris, <http://stiglitz-sen-fitoussi.fr>.
- Van Suntum, U. (2010), »Zur Konstruktion eines Lebenszufriedenheitsindikators («Glücks-BIP») für Deutschland«, SOEppapers 258.



Foto: Deutscher Bundestag/Anke Jacob.

Daniela Kolbe*

Wir brauchen einen neuen Fortschrittsindikator

Die Debatte über eine Reform des ökonomischen Berichtswesens und alternative Wohlstandsmaße hat merklich Fahrt aufgenommen. Sie ist aus dem Schatten eines überschaubaren akademischen Zirkels herausgetreten und füllt nun die Tagesordnungen von Regierungstreffen, Sitzungen internationaler Organisationen und neuerdings auch einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags. Dieses Gremium aus Abgeordneten und Sachverständigen soll unter anderem prüfen »wie die Einflussfaktoren von Lebensqualität und gesellschaftlichem Fortschritt angemessen berücksichtigt und zu einem gemeinsamen Indikator zusammengeführt werden können« und sich der »Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikators« widmen (Deutscher Bundestag 2010: 3).

Gleichzeitig erleben wir in Deutschland momentan wieder hohe Raten wirtschaftlichen Wachstums und einen kraftvollen Aufschwung nach der Rezession. Angesichts dieser erfreulichen Entwicklung könnte man beruhigt zur Tagesordnung übergehen, meinen einige. Doch die Kritik an der einseitigen Ausrichtung politischer Entscheidungen am Ziel der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), also der Gesamtheit der in einer Volkswirtschaft produzierten Waren und Dienstleistungen, geht weit tiefer.

Indikatoren werden nicht um ihrer selbst Willen erhoben, sondern aus wissenschaftlichen oder politischen Gründen. Welche Maßzahlen wirtschaftspolitisches Handeln bestimmen, sollte sich davon ableiten, welches gesellschaftliche Interesse mit dem gemessenen Sachverhalt verbunden ist. Auch die erstmalige Erhebung des *Gross Domes-*

* Daniela Kolbe, MdB, ist die Vorsitzende der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft«.

tic Product in den 1930er Jahren in den USA geht auf die fehlende Datenlage für konjunkturelle Steuerung zurück, die die dramatische Weltwirtschaftskrise am Anfang des 20. Jahrhunderts so leidvoll offenbarte. Dass das verstärkte Drängen auf eine neuerliche Reform der Wohlstandsmessung nun gerade wieder mit einer fürchterlichen Wirtschaftskrise im Zusammenhang steht, ist daher kein Zufall. Denn in den Augen vieler Menschen hat die globale Wirtschafts- und Finanzkrise die bisherigen Maßstäbe unseres Wirtschaftens in Frage gestellt.

Herausforderungen des Wachstumsparadigmas

Lange Zeit galt das Bruttoinlandsprodukt als der Wohlstandmaßstab par Excellence. Es diente sowohl als Maß wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit als auch als Indiz für den allgemeinen Entwicklungsstand einer Gesellschaft. Wachstum, so die Annahme, geht einher mit Beschäftigungszuwachs, Wohlstandsmehrung und gesellschaftlichem Fortschritt. Dass das BIP umfassenden Ansprüchen nicht genügt, erklärt sich auch dadurch, dass diese Formel nicht mehr in der gewohnten Weise trägt. Denn das Paradigma, wonach Wachstum gleich Wohlstand gleich Fortschritt ist, wurde durch die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ins Wanken gebracht.

Zwar hat es mittelfristig in Deutschland, aber auch europaweit und weltweit, immer stetiges wirtschaftliches Wachstum gegeben, allen kurzfristigen Konjunkturinbrüchen zum Trotz. Allerdings sind die Wachstumsraten in den letzten sechs Jahrzehnten kontinuierlich gefallen und lagen in ersten Dekade des 21. Jahrhunderts (1999–2009) gerade noch bei nur 0,8%, verglichen mit stattlichen 8,2% in den 1950er Jahren und immer noch 2,6% in den 1980er Jahren (vgl. Statistisches Bundesamt 2011, 6 f.).

Zudem wurden zunehmend Zweifel an der Beschäftigungswirksamkeit des Wirtschaftswachstums laut. Der angenommene Gleichklang von »Wachstum und Beschäftigung« ist durch die Beobachtung eines »jobless growth« in Frage gestellt. Auch wenn Wachstum als Voraussetzung für Beschäftigungszuwachs gilt, führt der Anstieg des BIP nicht zwangsläufig zu einer ähnlich gelagerten Erhöhung der Beschäftigungsquote. Vor allem führt Wachstum heute nicht unbedingt zu einer Zunahme von guter Arbeit, sondern oft nur zu einer Ausweitung prekärer Beschäftigung. Während etwa das BIP zwischen 1993 und 2009 preisbereinigt um etwa 21% gestiegen ist, nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten im selben Zeitraum um fast 13% ab (vgl. Statistisches Bundesamt 2010, 93, 635).

Dazu sind auch die positiven Wirkungen des Wachstums für den sozialen Ausgleich umstritten. Trotz BIP-Wachstums hat

die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen ebenso wie die Armutsrate gerade in Deutschland massiv zugenommen (vgl. OECD 2009). Der Anteil der Arbeitsnehmerentgelte am Volkseinkommen ist von 72,9% im Jahr 1993 auf 67,4% im Jahr 2009 gesunken (vgl. Statistisches Bundesamt 2010, 93, 635). Wachstum schafft nicht automatisch »Wohlstand für alle«.

Nicht abgekoppelt vom Wachstum hat sich hingegen der Ressourcenverbrauch. Wenngleich eine technologisch und gesetzgeberisch begründete Erhöhung der Ressourcenproduktivität gerade in Deutschland gelungen ist, speist sich das Wirtschaftswachstum auch heute noch zu großen Teilen aus endlichen Ressourcen. Auch die Biodiversität ist angesichts der mit Wirtschaftswachstum verbundenen zunehmenden Naturaneignung irreversibel bedroht. Und über die Notwendigkeit, die Emission klimaschädlicher Treibhausgase zu begrenzen, herrscht mittlerweile weltweit Konsens. All diese Aspekte ökologischer Nachhaltigkeit hat das herkömmliche Wachstumsparadigma nicht berücksichtigt.

Gleichzeitig steigt die subjektiv empfundene Lebenszufriedenheit in praktisch allen entwickelten Ländern kaum noch oder gar nicht mehr mit dem Einkommen an. Ab einer gewissen Einkommenshöhe entkoppelt sich das individuelle Wohlfahrtsempfinden der Bevölkerung weitgehend von den statistischen Wohlstandsdaten. Diese als »Easterlin-Paradoxon« (Easterlin 1974) bekannte Beobachtung stellt eine für die Politik kaum zu überschätzende Herausforderung dar. Auch wenn die methodischen Schwierigkeiten bei der statistischen Erhebung und Indexierung subjektiver Zufriedenheit höher sind als in anderen Bereichen, darf die Erkenntnis, dass viele Menschen selbst dann nicht das Gefühl haben, dass sich ihr Leben verbessert, wenn der Wohlstand objektiv steigt, bei der Frage nach der Notwendigkeit neuer Wohlstandsindikatoren nicht unbeachtet bleiben.

Kritik am Bruttoinlandsprodukt

Die Krisen des Wachstumsparadigmas zeigen, dass die Eignung des BIP als universeller Wohlstandsindikator heute zu Recht immer mehr in Zweifel gezogen wird. Aber auch die Konzentration auf rein wirtschaftliche Maßstäbe als solche steht in der Kritik. Vielen Menschen gilt die alleinige Konzentration auf das BIP als wirtschaftspolitische Leitlinie als nicht mehr zeitgemäß. So würden es jüngeren Umfragen der Eurobarometer zufolge mehr als zwei Drittel der Europäer präferieren, den Fortschritt ihres Landes an ökonomischen, ökologischen, und sozialen Aspekten, statt an rein ökonomischen zu messen. In Deutschland liegt deren Anteil mit 77% sogar noch höher (vgl. EUROBAROMETER 2008, 40 f.).

Wohlstand ist nicht ausschließlich als monetäre Größe zu erfassen. »Geld allein macht nicht glücklich«, heißt es. Na-

türlich brauchen wir eine entschiedene Bekämpfung von materieller Armut. Die Dimensionen dieser Armut und die Ansätze, sie nachhaltig zu bekämpfen, reichen aber weit in die Qualität der Bildungschancen oder auch der Gesundheitsversorgung hinein. Damit sind Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur einer Gesellschaft aufgeworfen, nicht zuletzt die Frage, wer welche Zugänge zu dieser Infrastruktur hat. Wie Leistungsfähigkeit ist unsere Gesellschaft, wo es um gleiche Chancen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen geht? Wie gut gelingt die Integration von Einwanderern? Wie weit sind wir bei der Gleichstellung von Männern und Frauen gekommen? Diese Fragen erscheinen manchen auf Wohlstandsmessung spezialisierten Ökonomen als sachfremde Probleme. Sie sind aber im Verständnis einer breiten Mehrheit unserer Gesellschaft geradezu Kern jeder Diskussion um die Lebensqualität.

Aber auch innerhalb der ökonomischen Diskussionen stehen bestimmte Verzerrungen des BIP schon länger zur Debatte. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in einer kürzlich veröffentlichten gemeinsamen Studie mit dem französischen Conseil d'Analyse Économique einige hinlänglich bekannte, aber auch neuere Schwächen des BIP hervorgehoben (SVR und CAE 2010, 39 f.). So misst das BIP nicht-marktbestimmte und unentgeltliche Dienstleistungen, etwa Hausarbeit, Pflege oder Kindererziehung, nicht. Gleiches gilt für den Wert freiwilligen Engagements in Politik und Gesellschaft. Auch die Bemessung des Wertes öffentlicher Dienstleistungen ist nicht zufriedenstellend. Daneben bildet das BIP negative externe Effekte wie Umweltverschmutzung oder Gesundheitsschäden nicht ab. Im Gegenteil werden Kosten etwa für die Beseitigung von Katastrophen oder Kriegsschäden dem BIP zugerechnet, obwohl Erdbeben und Kriege der Lebensqualität sicher nicht zuträglich sind. Zudem hat die Orientierung am BIP die Risiken, die zur Wirtschafts- und Finanzkrise führten, offenbar verschleiert. Was lange als gesundes Wachstum galt, wurde später zur »Blase« erklärt. Derartige Verzerrungen machen das BIP nicht zwangsläufig ungeeignet als Indikator für Wirtschaftsleistung, vermindern aber seine Aussagekraft hinsichtlich der generellen Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft.

Letztendlich steht daher außer Frage, dass wir einen neuen Fortschrittsindikator brauchen. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass ein solcher Indikator das BIP vollständig ersetzen soll. Tatsächlich sind gerade makroökonomisch unmittelbar relevante Entscheidungen etwa in der Konjunktur- oder Geldpolitik ohne eine gesicherte Datenbasis zur Wirtschaftsleistung nicht vorstellbar. Dennoch ist auch hier eine Reform des Wirtschaftsberichtswesens im engeren Sinne denkbar, das einige der erwähnten Kritikpunkte am BIP aufgreift. Vorschläge dazu haben zahlreiche Studien dargelegt, darunter die erwähnte Studie des SVR ebenso wie die hochrangig besetzte »Commission on the Measurement of

Economic Performance and Social Progress« (Stiglitz et. al. 2009). Darüber hinaus bedarf es aber unzweifelhaft einer neuen anerkannten und in politischen Entscheidungsprozessen berücksichtigten Maßzahl, die nachhaltiges Wirtschaften und gesellschaftlicher Fortschritt misst.

Alternative Indikatoren: Chancen und Herausforderungen

An Vorschlägen für solche Indikatoren mangelt es in der nationalen und internationalen Debatte nicht. In Deutschland etwa steht der Indikatorenbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie¹ zur Verfügung, aber auch andere Indikatorenpanels aus öffentlichen oder privaten Forschungsinstitutionen, zum Beispiel der »Nationale Wohlfahrtsindex«² des Umweltbundesamtes, das »Wohlstandsquartett«³ des Denkwerk Zukunft oder der »Fortschrittsindex« des Zentrums für gesellschaftlichen Fortschritt.⁴

Jenseits der Bundesrepublik Deutschlands existiert ebenfalls ein breites Portfolio an bemerkenswerten Projekten. Neben den größeren internationalen Initiativen unter Schirmherrschaft der OECD (Measuring the Progress of Societies)⁵ und der EU (Beyond GDP)⁶ finden weitere Entwicklungen in einzelnen Ländern statt. Unter anderem zu erwähnen sind der Canadian Index of Well-Being⁷, das US-amerikanische Projekt »State of the USA«⁸ oder der Prozess zur Messung des »national well-being«⁹, den der britische Premier David Cameron bei der Nationalen Statistikbehörde in Auftrag gegeben hat.

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags wird diese und weitere Indikatoren sichten und prüfen. Schließlich soll am Ende des Prozesses ein Index oder Indikatorenpanel stehen, das von einem breiten Konsens getragen wird und so unterschiedliche Aspekte wie den materiellen Lebensstandard, den Zugang zu und die Qualität von Arbeit, Fragen der Wohlstandsverteilung und Kohäsion, der Umweltqualität und Ressourcenschonung, der Bildung, Gesundheit, sozialen Sicherheit und politischen Teilhabe ebenso abbilden kann wie die subjektiv von den Menschen erfasste Lebensqualität und -zufriedenheit.

Aber klar ist auch: Wer neue Wege geht, muss auf Hinweisschilder zunächst verzichten. Selbstverständlich beinhaltet

¹ www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Zeitreihen/Indikatoren/Nachhaltigkeitsindikatoren__nk.psm1

² www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/ffu/projekte/laufen-de/07_wohlfahrtsindex/index.html

³ www.wohlstandsquartett.de

⁴ www.fortschrittszentrum.de

⁵ www.wikiprogress.org

⁶ www.beyond-gdp.eu

⁷ www.ciwi.ca

⁸ www.stateoftheusa.org

⁹ www.ons.gov.uk/well-being/

die Hinwendung zu einem neuen Fortschrittsindikator einige Herausforderungen und Risiken. So ist neben methodischen Fragen auch die Verfügbarkeit statistischen Materials zu beachten. Soweit erforderlich, müssen die Mittel für die möglicherweise zusätzlich notwendige Erhebung neuer statistischer Daten in einem vernünftigen Verhältnis zum Nutzen stehen. Für manche Phänomene, deren Messung wünschenswert wäre, fehlen uns auch noch die Verfahren.

Zudem muss eine standardisierte Methodologie für die Erstellung intertemporärer und internationaler Vergleichsreihen entwickelt und möglichst EU- oder OECD-weit koordiniert werden. Hierbei wird zu beachten sein, wie das Spannungsverhältnis zwischen der national spezifischen, normativen Gewichtung bestimmter Faktoren einerseits und der internationalen Vergleichbarkeit andererseits aufgelöst werden kann. Die wohl wichtigste politische Herausforderung ist die Herstellung eines Konsenses über Auswahl und Gewichtung der Teilindikatoren für einen ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator. Eine breite öffentliche Debatte darüber soll helfen, diesen neuen Kompass für die grundlegende wirtschaftspolitische Orientierung von Regierung und Parlament zu etablieren. Er soll künftig neben dem BIP stehen, wann immer wir darüber streiten, ob unsere Gesellschaft den richtigen Kurs eingeschlagen hat. Nicht nur die wissenschaftliche Prüfung, auch die öffentlich-politische Bewusstwerdung, welchen Wert dieser Kompass hat, gehört zu den Aufgaben unserer Enquete-Kommission. Angesichts der breiten internationalen Vorarbeiten und der hohen Bedeutung des Unterfangens bin ich zuversichtlich, dass es uns gelingt.

Literatur

Deutscher Bundestag (2010), *Einsetzung einer Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft«*, BT-Drucks. 17/3853, Berlin.

Easterlin, R.T. (1974), »Does Economic Growth Improve the Human Lot? Some Empirical Evidence«, in: P.A. David und M.W. Reder (Hrsg.), *Nations and Households in Economic Growth: Essays in Honor of Moses Abramowitz*, Academic Press, New York, 89–125.

EUROBAROMETER (2008), *Einstellungen der europäischen Bürger zur Umwelt*. Spezial Eurobarometer, 295. März 2008, Europäische Union, Brüssel.

OECD (2009), *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum? – Einkommensverteilung und Armut in OECD-Ländern*, OECD, Paris.

Statistisches Bundesamt (2010), *Statistisches Jahrbuch 2010 für die Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2011), *Bruttoinlandsprodukt 2010 für Deutschland*, Wiesbaden.

Stiglitz, J. E., A. Sen und J. Fitoussi (2009), *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*, Paris.

SVR und CAE – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Conseil d'Analyse Économique (2010), *Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem*, Expertise im Auftrag des Deutsch-Französischen Ministerates, Paris, Wiesbaden, http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Expertisen/2010/ex10_de.pdf.